

Frankfurt am Main, 28. März 2003

**Protokoll der Pressekonferenz
der Deutschen Bundesbank
am 26. März 2003
- nach Bandaufnahme -**

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

I. Bilanz und GuV-Rechnung

Der Vorstand hat heute nach Kenntnisnahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young die Veröffentlichung des Jahresabschlusses der Bundesbank für das Jahr 2002 und die Gewinnausschüttung an den Bund beschlossen und anschließend den Gewinn dem Konto des Bundes gutgeschrieben.

Die Bilanzsumme ist mit rd. 240 Mrd € unverändert. Der Gewinn beträgt 5 437 Mio € gegenüber 11 238 Mio € im Vorjahr. Wir werden Ihnen gleich die Differenz erläutern.

Der Gewinn setzt sich zusammen aus dem Jahresüberschuss gemäß GuV-Rechnung in Höhe von 5 324 Mio € und der Entnahme von 113 Mio € aus der Rücklage wegen Betragsglättung: Im Zusammenhang mit der Umstellung von D-Mark auf Euro sind die Eigenmittel angepasst worden: Grundkapital und gesetzliche Rücklage wurden geringfügig jeweils um 56 Mio € auf jeweils glatte 2,5 Mrd € verringert.

Deutsche Bundesbank
Presse und Information
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Tel. : 069 / 95 66 - 34 55, - 35 11, - 35 12, - 21 57
Fax : 069 / 5 60 10 71, 95 66 - 30 77, 56 87 56
E-Mail: presse-information@bundesbank.de
Internet: <http://www.bundesbank.de>

Der Bilanzgewinn wird in voller Höhe an den Bund abgeführt. Nach den Haushaltsregelungen werden davon

- 3,5 Mrd € zur Finanzierung des Bundeshaushalts und
- der Rest zur Tilgung der Schulden des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Der Jahresüberschuss von rd. 5,3 Mrd € hat sich im Vergleich zum Vorjahr (rd. 11,2 Mrd €) um 5,9 Mrd € verringert. Maßgeblich hierfür sind insbesondere drei Punkte:

- Der Nettozinsertrag ist um 2,4 Mrd € auf 4,2 Mrd € zurückgegangen. Die Notenbank hat in erster Linie aber nicht die Gewinnerzielung und hohe Zinsüberschüsse zur Aufgabe, sondern die Sicherung der Preisniveaustabilität. Wenn die Inflationsrate niedrig ist, dann sind die Zinsen niedrig und dann sind auch die Erträge der Notenbank niedrig. Also ist ein rückläufiger Zinsertrag Ausdruck einer erfolgreichen Notenbankpolitik.
- Die realisierten Gewinne aus der US-Dollarposition haben sich um 1,5 Mrd € auf 1,9 Mrd € vermindert. Während sich der US-Dollar-Bestand im Jahr 2001 netto um 7,4 Mrd US-Dollar verringerte, hat sich in 2002 nur ein Nettoabgang von 2,0 Mrd US-Dollar ergeben.
- Dritter Grund für den rückläufigen Bilanzgewinn: Im Jahr 2001 sind 2,3 Mrd € an Rückstellungen aufgelöst worden, demgegenüber beläuft sich der Auflösungsbetrag für 2002 lediglich auf 0,1 Mrd €. Also auch hier eine „Verschlechterung“ von 2,2 Mrd €

Die Nettoerträge der Bundesbank von insgesamt 7,0 Mrd € beruhen im Wesentlichen auf drei Faktoren:

- a) Die wichtigste Quelle für den Bundesbankgewinn sind die Zinserträge von 6,0 Mrd €, die gegenüber dem Vorjahr deutlich um 2,8 Mrd € abgenommen haben.

Die Zinserträge in Fremdwährung sind insbesondere wegen des US-Dollar-Bestandsrückgangs und wegen des niedrigeren Zinsniveaus in den Vereinigten Staaten von 3,1 Mrd € auf 2,0 Mrd € gefallen. Die Zinserträge in Euro in Höhe von 4,0 Mrd € haben sich gegenüber dem Vorjahr vor allem wegen des niedrigeren Zinsniveaus um 1,7 Mrd € verringert.

Dem stehen insgesamt Zinsaufwendungen gegenüber, die in Höhe von 1,9 Mrd € gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 0,3 Mrd € zurückgegangen sind.

Insgesamt ergibt sich ein Nettozinsertrag von 4,2 Mrd € (Vorjahr 6,6 Mrd €).

- b) Ein weiterer erheblicher Ertragsfaktor sind die realisierten Gewinne aus Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapierverkäufen im Betrag von 2,1 Mrd €, davon entfallen Erträge von 0,9 Mrd € auf die Reduzierung der US-Dollar-Bestände und 1,0 Mrd € auf Kursgewinne infolge von vor Fälligkeit verkauften US-Dollar-Wertpapieren.
- c) Die Gewinnausschüttung der EZB führt zu einem Ertrag von 0,6 Mrd €. Der Anteil der Bank am EZB-Gewinn für 2001 in Höhe von 0,4 Mrd € ist im März 2002 vereinnahmt worden. Ende 2002 erfolgte eine Vorabgewinnausschüttung für 2002 in Höhe von 0,2 Mrd € aus den Erträgen der EZB aus der Übertragung von 8 % der Euro-Banknotenumlaufs auf die EZB.

Hinsichtlich der Bewertung möchte ich darauf verweisen, dass jene Bilanzpositionen, die Marktpreisschwankungen unterliegen, seit 1999 zu Marktpreisen bewertet werden. Die dabei anfallenden Bewertungsgewinne sind nicht erfolgswirksam, sondern werden in der Bilanz in einem passivischen „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ ausgewiesen (34,2 Mrd €). Davon ergibt sich für die Goldposition zum Jahresende ein unrealisierter Gewinn von 28,1 Mrd €. Für unsere Dollarbestände können dann etwa nur noch 6 Mrd unrealisierte Gewinne abgeleitet werden.

Die Bewertungsgewinne stehen nicht zur Ausschüttung, sondern nur zum Ausgleich von künftigen Bewertungsverlusten zur Verfügung. Daneben ist eine Auflösung nur bei Abgängen der entsprechenden Aktiva möglich. Den Erträgen möchte ich kurz die Kosten gegenüberstellen: Die Personalkosten betragen rund 1 Mrd €, sie sind um 4 Mio € gestiegen. Das ist ein vergleichsweise sehr geringer Anstieg der Personalkosten. Die Sachausgaben betragen 316 Mio €, die Abschreibungen 192 Mio €, die Kosten für den Notendruck sind auf 68 Mio € zurückgegangen und die sonstigen Aufwendungen betragen 79 Mio €

II. Strukturreform

Das Jahr 2002 war für die Bundesbank neben der Inverkehrgabe des Euro bargeldes besonders geprägt durch die Arbeiten an dem organisatorischen Umbau der Bank.

Die Zielsetzung der Gesetzesänderung und der Neuorganisation ist klar und eindeutig zu kennzeichnen:

- Die Verbesserung der Europatauglichkeit. Unter dem Begriff kann man alles subsumieren, was mit der Etablierung des Europäischen Systems der Zentralbanken, mit der EZB und den Veränderungen, die sich daraus für die Deutsche Bundesbank ergeben haben, zu tun hat.
- Die Schaffung einer einheitlichen Leitungs- und Entscheidungsstruktur als Basis für den Aufbau einer effizienteren und wesentlich kostengünstigeren Organisation. Das war in den vergangenen Jahren so nicht möglich gewesen.
- Eine stärkere Verpflichtung der Bundesbank auf öffentliche Transparenz der Ausgaben und Kosten.

Bis zum Jahresende hat der Vorstand die Zielorganisation der Bank für alle Fachbereiche über alle Ebenen der Bank hinweg (Zentrale, Hauptverwaltungen, Filialen) beschlossen. Mit dem Abschluss der Dienstvereinbarung zur sozialverträglichen Begleitung der Strukturreform – im Zentrum steht eine Vorruhestandsregelung für Angestellte und Arbeiter – ist noch im alten Jahr die konzeptionelle Phase der Neuorganisation der Bundesbank quasi beendet worden.

1. Zentrale Eckpunkte der beschlossenen neuen Bundesbankstruktur sind:

- ein einheitlicher Aufbau der Hauptverwaltungen mit jeweils drei Bereichen: Innenbetrieb, Banken und Finanzaufsicht, bankgeschäftlicher Betrieb

- eine Abgrenzung der Aufgaben zwischen der Zentrale, den Hauptverwaltungen und den Filialen nach dem Grundsatz ausführender und operativer Tätigkeit, soweit dies möglich und sinnvoll ist
 - die Einrichtung von 22 Servicezentren bei den Hauptverwaltungen, in denen ausführende Tätigkeiten für die Gesamtbank an einem Standort zusammengeführt werden.
2. In diesem Jahr haben wir bereits damit begonnen, dieses Organisationskonzept umzusetzen. Es ist vorgesehen, dass die Standardhauptverwaltungen und die Zentralbereiche zur Jahresmitte 2003 die Arbeit in der neuen Organisation aufnehmen und der Aufbau der Servicezentren bis spätestens Ende 2005 abgeschlossen wird, wobei ein großer Teil der 22 Servicezentren bereits in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen wird. Nach ersten groben Schätzungen führt die Strukturreform im Bereich der Zentrale und den Hauptverwaltungen zu Einsparungen in Höhe von rd. 50 Mio € jährlich.
 3. Der zweite wesentliche Bereich ist das Filialkonzept. Nach derzeitiger Erkenntnis werden wir mittelfristig noch an 66 Standorten in der Bundesrepublik mit Filialen vertreten sein. Durch die verringerte Präsenz der Bundesbank in der Fläche wird die flächendeckende Versorgung mit Notenbankdienstleistungen im Bundesgebiet jedoch nicht tangiert.

Nach ersten groben Schätzungen führt die Reduzierung des Filialnetzes nach Erreichung dieser Vorgaben zu Einsparungen in Höhe von rd. 80 Mio. € jährlich (Personal- und Sachkosten).

4. Das 7. BBankGÄndG hat für uns auch Auswirkungen auf die Erstellung und Veröffentlichung von Jahresabschluss und weiteren Planungsunterlagen.

Nach § 26 Abs. 4 BBankG haben wir vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres eine Plankostenrechnung und einen Investitionsplan aufzustellen, nach der Gesetzesbegründung soll die Plankostenrechnung und der Investitionsplan Budgetcharakter haben. Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind im Rahmen einer

Plan/Ist-Analyse den Planzahlen die Ist-Kosten und die Ist-Investitionen gegenüberzustellen.

Dem Bundesrechnungshof und dem Bundesministerium der Finanzen werden nach § 26 Absatz 5 BBankG neben dem Jahresabschluss und dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer die Plankostenrechnung, der Investitionsplan und die Plan/Ist-Analyse zugeleitet. Der Deutsche Bundestag erhält neben Jahresabschluss und Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer die Plan/Ist-Analyse. Soweit nur zu den Veränderungen, die sich daraus ergeben. Was dann der Bundestag damit anfangen wird, müssen wir ihm überlassen.

III. Wirtschaftslage

Das Augenmerk der Weltöffentlichkeit ist in diesen Tagen vor allem auf die kriegerischen Auseinandersetzungen im Irak und die möglichen Folgen gerichtet.

Ich will mich beim derzeitigen Stand unserer Informationen nicht an Spekulationen darüber beteiligen. Wie verschiedene Studien und Untersuchungen zeigen, können je nach Ausbreitung und Dauer des Konflikts die Konsequenzen für die Weltwirtschaft sehr unterschiedlich ausfallen.

Für uns in Deutschland kommt es jetzt vor allem darauf an, dass wir uns von den dramatischen Ereignissen sowie den Belastungen und Unsicherheiten, die von den internationalen Umfeldbedingungen auf unsere Wirtschaft ausstrahlen, nicht den Blick für die großen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen innerhalb unseres eigenen Landes verstellen lassen. Auch wenn der Irak-Krieg beendet ist und man die wirtschaftlichen Auswirkungen besser beurteilen kann, haben sich die Probleme, mit denen wir es intern und in vielen Ländern der Welt zu tun haben, nicht gelöst. Sie werden dann möglicherweise erst recht wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten.

Mit den gesamtwirtschaftlichen Bilanzen der vergangenen Jahren kann in Deutschland niemand zufrieden sein.

Der von uns allen zu Beginn des vorigen Jahres erwartete Erholungsprozess ist nur schleppend vorangekommen und gegen Jahresende geradezu ins Stocken geraten. Damit befindet sich die deutsche Wirtschaft nun schon über 2 ½ Jahre in einer Phase der Quasi-Stagnation.

Die Abschwächung des weltwirtschaftlichen Wachstums und die geopolitischen Spannungen sowie die Unsicherheiten, die sich daraus ergeben haben, tragen sicherlich mit dazu bei.

Doch ist in den letzten Jahren immer klarer geworden, dass in der deutschen Wirtschaft auch unabhängig davon in vielerlei Hinsicht Reformbedarf besteht. Deutschland ist in der Europäischen Währungsunion zurückgefallen. Dafür gibt es einige objektive Kriterien, mit denen das begründet werden kann: Einmal sind dies die nachwirkenden Folgen der deutschen Einheit. Die Einführung des Euro und die damit verbundene niedrige Inflationsrate und niedrige Zinsen haben schon vorher in Deutschland bestanden, deshalb konnte Deutschland davon nicht profitieren. Aber es gibt natürlich auch eine ganze Menge eigener Ursachen.

Die Schwachstelle ist die Binnennachfrage. Insbesondere der Einbruch der Investitionstätigkeit in den letzten Jahren - hier ist auch der Bausektor zu erwähnen -, aber auch die Zurückhaltung der Verbraucher wegen Unsicherheit und Angst vor steigender Arbeitslosigkeit dämpften das wirtschaftliche Wachstum.

Die Geldpolitik des EZB-Rats stand und steht einem stärkeren Wachstum sicher nicht im Weg. Der „monetäre Mantel“ ist schon seit längerem reichlich bemessen und die Zinsen

am Geldmarkt sowie am Kapitalmarkt sind – nicht erst seit den beiden letzten Zinssenkungsschritten von Anfang Dezember und März – ausgesprochen niedrig.

An dieser insgesamt positiven Einschätzung ändert auch die Tatsache nichts, dass sich der Euro in den letzten Monaten deutlich gegenüber seinem Vorjahres-Stand aufgewertet hat (im gewogenen Durchschnitt um 11 % gegenüber Mitte März 2002).

Im Zusammenhang der Höherbewertung des Euro ist es zu Kapitalzuflüssen gekommen, die tendenziell zinssenkend wirkten.

Der ölpreisbedingte Teuerungsimpuls, im Augenblick wieder etwas abgemildert, wurde durch den Wechselkurs auch gedämpft.

Die günstigeren Preisperspektiven, die letztlich den Spielraum für die Zinssenkungen eröffneten, werden die Ausgabebereitschaft der privaten Haushalte positiv beeinflussen. Jedenfalls versprechen sich die meisten Prognosen von der damit verbundenen Entlastung der Realeinkommen eine Stütze für den privaten Konsum.

Doch stehen all diese Überlegungen unter dem generellen Vorbehalt der Unsicherheiten, die sich aus dem Irak-Krieg und seinen noch unabsehbaren Folgen ergeben.

Mit Blick auf die zuvor geschilderten Wachstumsprobleme der deutschen Wirtschaft ist aber von der Geldpolitik ohnehin nicht die entscheidende und durchgreifende Hilfe zu erwarten:

Zum einen steht die einheitliche Geldpolitik in der Währungsunion nicht zur Lösung regionaler oder länderspezifischer Probleme zur Verfügung.

Zum anderen lassen sich die Wachstums- und Vertrauensprobleme, unter denen die deutsche Wirtschaft leidet, nicht mit monetären Mitteln beheben.

Die wirtschaftspolitischen Problembereiche betreffen ein breites Spektrum von Politikfeldern: Von der Finanz- und Steuerpolitik über die Sozialversicherungen und die Regelungen des Arbeitsmarktes bis hin zur Bildungspolitik.

Im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung der öffentlichen Finanzen steht derzeit die Frage im Vordergrund, ob es möglich ist, im laufenden Jahr das Staatsdefizit wieder unter die Maastricht-Obergrenze von 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu drücken und damit das gegen Deutschland eingeleitete Verfahren bei einem übermäßigen Defizit rasch zu beenden.

In der aktuellen konjunkturellen Situation ist es sicherlich nicht möglich, abrupt durch Einsparungen deutlich unter 3 % zu kommen, vermutlich ist das auch nicht sinnvoll. Aber am Konsolidierungskurs muss auf jeden Fall festgehalten werden. Der Irak-Krieg kann nicht als Entschuldigung dafür herangezogen werden, bei den Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Defizite nachzulassen.

Der Bundesfinanzminister hat in der Ende Februar vorgelegten Meldung an Brüssel die voraussichtliche Defizitquote im laufenden Jahr mit 2,8 % beziffert. Allerdings muss man hinzufügen, dass das Konsolidierungspaket in vollem Umfang in Kraft treten muss. Das ist bisher noch nicht geschehen. Auch die bei der Defizitprognose als notwendig angenommene Wachstumsrate von 1 % ist nicht gesichert.

Angesichts der vielfältigen Abwärtsrisiken stellt sich damit die Frage, ob im Bedarfsfall nicht zusätzliche Maßnahmen notwendig sind.

In der Tat stecken die EWU-Staaten mit hohen Defiziten derzeit in einer finanzpolitisch schwierigen Situation: Ihr konjunktureller Spielraum ist gleich Null, wenn sie nicht dem Maastricht-Vertrag und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zuwider handeln wollen.

Dieser missliche Zustand ist aber nicht den europäischen Verträgen anzulasten, die eine ausreichende konjunkturpolitische Flexibilität aufweisen, sondern ausschlaggebend ist eher, dass in der Vergangenheit nicht ausreichend Anstrengungen unternommen wurden, um die Konsolidierung voranzutreiben.

Die Europäische Kommission und der Europäische Rat haben hier eine akzeptable Kompromisslinie gefunden:

- Die hochdefizitären Länder müssen ihre strukturellen Defizite um mindestens 0,5 % des BIP pro Jahr zurückführen.
- Sie tolerieren aber ansonsten die konjunkturellen Mehrbelastungen, lassen also die automatischen Stabilisatoren wirken – auch auf die Gefahr hin, dass die 3%-Grenze erneut überschritten wird.

Mit diesen Überlegungen zur kürzerfristigen Glättung des Konjunkturverlaufs lässt sich freilich nicht die Wachstumsschwäche Deutschlands beheben. Dazu sind strukturelle Reformen erforderlich.

Der Bundeskanzler hat in seiner viel beachteten Regierungserklärung vom 14. März betont,

- dass nicht mehr verteilt werden kann, als vorher erwirtschaftet wurde
- und dass deshalb die Eigenverantwortung gefördert und mehr Eigenleistung gefordert werden müsse.

Zudem sollen in den Bereichen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe wichtige Maßnahmen in Gang gesetzt werden.

Wir haben uns in dieser Diskussion mit dem Papier „Wege aus der Krise“ im Einzelnen zu diesem Fragenkomplex geäußert. Es sollte deutlich machen, dass sich nach unserer Auffassung nur durch die Bündelung von Reformmaßnahmen zu einer konsistenten,

mittelfristig angelegten Gesamtstrategie, die sich an dem Modell der sozialen Marktwirtschaft orientiert, die Lähmung der Wirtschaft überwinden lässt.

Wichtige ökonomische Voraussetzungen dafür sind ja durchaus gegeben: Deutschland verfügt über eine gute Infrastruktur und eine im internationalen Wettbewerb erfolgreiche Industrie. Hinzu kommen eine hohe Arbeitsproduktivität der Beschäftigten und – trotz aller Probleme, welche die Ertragskraft unserer Banken derzeit schwächen – ein insgesamt leistungsfähiger Finanzsektor. Damit haben wir gute Grundlagen für höhere Wachstumsraten in der Zukunft.

Frage:

Können Sie auf Basis der Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres einen Ausblick geben, wie sich die Ertragslage 2003 entwickeln wird? Könnten durch die Entscheidung des EZB-Rats in der kommenden Woche in Rom die Zinseinnahmen Ihres Hauses beeinträchtigt werden?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die Ertragsentwicklung in diesem Jahr wird davon abhängen, wie sich die Zinsen entwickeln werden. Zu dem, was in Rom nächste Woche ansteht, werde ich mich jetzt nicht im Detail äußern. Wir werden wie immer die wirtschaftliche und monetäre Lage sehr sorgfältig analysieren und darauf aufbauend unsere Entscheidungen treffen.

Ich bin der Auffassung, dass die Auswirkungen der internationalen Situation nach wie vor nicht klar zu übersehen sind. Und wenn sich das nicht ändert, werden wir in Rom zwar die Lage analysieren, aber möglicherweise keine Entscheidung zur Veränderung des Zinssatzes treffen.

Frage:

Wie ist das Papier „Wege aus der Krise“ zu Stande gekommen?

Wie war die Reaktion darauf?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir haben im Vorstand über einen längeren Zeitraum hinweg wiederholt darüber diskutiert, was in Deutschland getan werden müsste. Im Herbst 2002 haben wir unseren Zentralbereich Volkswirtschaft beauftragt, dies schriftlich zu fixieren. Nach intensiver Diskussion im Vorstand haben wir beschlossen, das Papier der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen, was im Februar geschehen ist. Aufgrund der öffentlichen Diskussion um die Regierungserklärung des Bundeskanzlers haben wir das Papier Anfang März veröffentlicht. Die internen Reaktionen darauf waren freundlich. Es gibt aber auch einige, die meinten, wir hätten damit unsere Kompetenzen überschritten. Ich hatte aber den Eindruck, dass diese Kritiker sich durch diesen Vorwurf einer inhaltlichen Diskussion entziehen wollten. Deshalb habe ich die Kritik gelassen hingenommen. Die Bundesregierung hat unser Vorgehen unterstützt und es positiv bewertet.

Frage:

Sollte man nicht die Zinsen senken, um die Zinssenkungserwartungen aus dem Markt zu bekommen und die permanente Unsicherheit zu beseitigen? Dann würden auch wieder längerfristige Investitionen getätigt werden. Was halten Sie von so einem Schritt als Notmaßnahme?

Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank:

Wir sind der Auffassung, dass es nicht möglich sein wird, durch die Geldpolitik das Produktionspotenzial anzuheben. Das ist auch die Grundaussage in dem bereits erwähnten Papier „Wege aus der Krise“. Der Druck auf die Geldpolitik kann besonders groß werden, wenn andere Politikfelder weniger wachstums- und beschäftigungsfreundlich ausgestaltet sind.

Zu der Überlegung, dass man mit einer Zinsveränderung gleichzeitig die entsprechenden Erwartungen aus dem Markt nehmen könnte, will ich auf die Diskussionen verweisen, die wir Ende letzten Jahres bereits hatten. Auch damals wurde argumentiert, dass durch einen Zinsschritt aus der Sicht der Märkte die Richtung geklärt sei und keine Erwartungen mehr aufkommen würden. Das ist aber nicht geschehen. Dies zeigt, dass man nicht voraussehen kann, wie sich die Markterwartungen entwickeln werden.

Frage:

Herr Welteke, verlangt Ihr ordnungspolitisches Gewissen nicht, der Bundesregierung vorzuschlagen, wofür der Teil des Bundesbankgewinnes, der in den Bundeshaushalt eingeht, einzusetzen wäre?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank::

Wir würden empfehlen, diese 3,5 Mrd € zur Reduzierung der Verschuldung einzusetzen. Dies ist in der aktuellen Situation aber unrealistisch, so dass der Bundesfinanzminister den Betrag zur Ausgabendeckung verwenden wird.

Im Übrigen ist nur geregelt, welcher Anteil am Bundesbankgewinn in den Haushalt eingestellt werden darf. Dieser Anteil ist jedoch nicht zweckgebunden.

Frage:

Wie weit sind die Verhandlungen der Bundesbank, dass man beim nächsten Goldabkommen ein bisschen von dem schönen Gewinn realisieren kann?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir diskutieren das schon seit einiger Zeit. Das Goldabkommen zwischen den goldhaltenden Notenbanken läuft im Herbst nächsten Jahres aus. Es ist offen, ob es eine Verlängerung oder einen Neuabschluss geben wird. Wir haben unser Interesse angemeldet, eine Option zu bekommen, um dann möglicherweise auch Gold zu verkaufen. Denn bei dem ersten Goldabkommen war die Regelung so, dass von den 400 Tonnen jährlich für alle Notenbanken nur die Gebrauch machen sollten, die bereits Goldverkäufe zum damaligen Zeitpunkt annonciert hatten. Dieses Abkommen diente dazu, den Goldpreis zu stabilisieren und damit den Goldmarkt zu schützen. Ein unkoordinierter Verfall des Goldpreises würde auch die Bilanz der goldhaltenden Notenbanken belasten. Wenn wir die Option bekommen, dann möchten wir die realisierten Gewinne nicht über die Gewinn- und Verlustrechnung an den Bund abführen. Sie sollten vielmehr thesauriert werden. Die daraus erzielten Erträge würden dann an den Bund abgeführt. Aber wie das geschehen würde, darüber müsste noch weiter diskutiert und entschieden werden. Eines möchte ich aber betonen: Nach dem Maastrichter Vertrag ist die Deutsche Bundesbank für die Gold- und Devisenbestände zuständig und keine anderen Gremien, die über deren Verwendung gerne bestimmen möchten.

Frage:

Habe ich das richtig verstanden: Wenn keine Thesaurierung möglich ist, dann wird kein Gold verkauft?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Dann glaube ich nicht, dass sich im Vorstand eine Mehrheit für den Entschluss findet, Gold zu verkaufen. Wir haben aber noch nicht darüber befunden, weil die Option noch nicht da ist.

Frage:

Wieviel Gold haben Sie als Verkaufsoption angemeldet?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die Bundesbank verfügt über 3446 Tonnen Gold. 400 Tonnen können in dem jetzt laufenden Goldabkommen pro Jahr von den goldhaltenden Notenbanken verkauft werden. Wir würden also von unserem Bestand nur kleinste Mengen verkaufen können, weil es auch andere goldhaltende Notenbanken gibt, die noch Goldbestände abbauen wollen.

Frage:

Eine Frage zu Ihren Goldplänen: Wäre nicht auch eine Reform des Bundesbankgesetzes und die Zustimmung der EZB notwendig, um das Asset-Management anders zu gestalten?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die zweite Frage: Natürlich muss das Bundesbankgesetz erst einmal geändert werden, damit wir die realisierten Bewertungsgewinne nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung einstellen müssen. Ob wir dann selbst aktives Asset-Management betreiben oder jemand anderes, das ist in der Tat noch eine offene Frage.

Dr. Hans Georg Fabritius, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank:

Die Zustimmung der EZB ist grundsätzlich nur dann erforderlich, wenn durch Veränderungen der Währungsreserven - also hier Verkäufe -, die Geld- oder Wechselkurspolitik gestört werden könnte. Denn die Verwaltung und Verfügung der Währungsreserven liegt in der Hand der nationalen Zentralbanken.

Frage:

Wie sehen Sie die weitere Wirtschaftsentwicklung in Deutschland?

Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank:

Gerade wegen der Aufwertung des Euro, aber auch wegen der höheren Ölpreise ist man zu der Überlegung gekommen, dass jene Prognosen, die gegen Ende letzten Jahres noch vorherrschten und die durchaus von Optimismus geprägt waren, aus heutiger Sicht etwas zurückzunehmen sind. Wir sehen die deutsche Konjunktur auch weiterhin in einer „Beinahe-Stagnation“, wie es Herr Welteke in seinem Statement bereits ausgeführt hat. Im späteren Jahresverlauf 2003 erwarten wir nur eine leichte Aufwärtsbewegung. Wir rechnen erst im Jahr 2004 mit einer konjunkturellen Kräftigung. Das Bild ist also durch eine sehr verhaltene Einschätzung für das laufende Jahr und einer Verbesserung erst im nächsten Jahr gekennzeichnet.

Frage:

Sie haben schon öfter gesagt, der Stabilitäts- und Wachstumspakt sei falsch konstruiert, weil die Strafen dann kommen, wenn die Rezession da ist und das Defizit überschritten wird. Glauben Sie, dass der Stabilitätspakt den Irak-Krieg bzw. die Stagnation in der heutigen Form überlebt?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Zu Ihrer ersten Frage: Ich bleibe dabei, dass man über die Ausgestaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts diskutieren kann. Ich bin auch der Meinung, dass er asymmetrisch ist und dass dies ein Nachteil ist. Aber meiner Meinung nach besteht überhaupt keine Chance, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu verändern. Denn ursprünglich war er – vorsichtig ausgedrückt – als eine Versicherung der großen Länder gegen die kleinen Länder gedacht. Jetzt ist er zu einer Versicherung der kleinen Länder gegenüber den großen Ländern geworden. Und da er nur einstimmig geändert werden könnte, lohnt es sich überhaupt nicht, über eine Veränderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu reden.

Was ich aber für sehr viel wichtiger halte: Ohne den Stabilitäts- und Wachstumspakt würden wir angesichts eines staatlichen Defizits in Deutschland in Höhe von 3,6 %

öffentlich sicher noch heftiger über die Konsolidierungsnotwendigkeiten diskutieren, als das gegenwärtig der Fall ist. Im Moment glauben nämlich Teile der Öffentlichkeit, man müsste erst einmal 3 % staatliches Defizit erreichen und erst bei Überschreiten der 3 % wäre eine öffentliche Diskussion über Konsolidierungsmaßnahmen notwendig. Mit anderen Worten: Auch ohne Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland ist das Defizit in Höhe von 3,6 % im vergangenen Jahr deutlich zu hoch. Dies muss deutlich gemacht werden angesichts unserer Bevölkerungsprobleme im Altersaufbau, dem ohnehin schon viel zu hohen Schuldenstand und angesichts der immer geringeren Manövrierbarkeit der Politik bei auftretenden Risiken. Mit dem Pakt und seiner formalen Ausgestaltung hat das dann eigentlich nur relativ wenig zu tun.

Frage:

Ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt in Ihren Augen so flexibel, dass die Koalition jetzt noch mal die 3 %-Grenze überschreiten kann, sofern sie in der Perspektive für Konsolidierung sorgt und das Wachstum stärkt?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Ja. Ich halte es aber für erforderlich, dass wir – unabhängig vom Stabilitäts- und Wachstumspakt - unter die 3 % kommen. Das setzt voraus, dass eine Reihe von Bedingungen, die auch der Bundesfinanzminister immer wieder deutlich gemacht hat, erfüllt werden. Die Konsolidierungsprogramme und natürlich auch die Wachstumserwartung müssen realisiert werden.

Frage:

Sind aus Ihrer Sicht Nachbesserungen nötig?

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Im Zusammenhang mit der Diskussion über das deutsche Stabilitätsprogramm und den Empfehlungen des Ecofin-Rats an die deutsche Seite hat die Kommission festgestellt, dass für den Fall einer weiteren Verschlechterung der konjunkturellen Lage keine zusätzliche Nachbesserung erforderlich ist.

Frage:

Wie sehen Sie die Diskussion um die EZB-Spitze?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Ich habe schon mehrfach gesagt, dass ich es außerordentlich bedauere, dass die EZB von Anfang an – und auch jetzt wieder - wegen der Diskussion über die Präsidentschaft belastet wurde. Aber wir als Mitglieder im EZB-Rat haben darauf leider keinen Einfluss. Ich hoffe, dass die Staats- und Regierungschefs möglichst bald die richtigen und notwendigen Entscheidungen fällen. Das gilt ja nicht nur für die Position des Präsidenten. Ende Mai scheidet noch ein Mitglied aus dem Board aus, und auch dort ist die Nachfolgefrage noch nicht entschieden.

Frage:

Wäre es für Sie persönlich eine gute Lösung, wenn Herr Duisenberg noch ein wenig länger im Amt bliebe?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Herr Duisenberg hat einen Vertrag über acht Jahre. Er hat vor über einem Jahr erklärt, dass er mit seinem Geburtstag aus dem Amt zu scheiden wünscht. Dies stimmt mit dem überein, was er am ersten Maiwochenende 1998 erklärt hat, dass er länger als die Hälfte seiner Amtsperiode, aber nicht die volle Amtsperiode im Amt bleiben will. Die Entscheidung über seine Nachfolge liegt jedoch bei den Staats- und Regierungschefs, nicht beim Rat der Europäischen Zentralbank.

Ich halte sowohl Wim Duisenberg als auch wie Jean-Claude Trichet für hervorragende Persönlichkeiten im Bereich der Geld- und Währungspolitik und für das Amt des EZB-Präsidenten geeignet.

* * *